

Basler Europa-Brevier

Vorstellung durch den Verfasser, Dr. Benedikt von Tscherner, Genf

Europainstitut der Universität Basel, 24. Juni 2015

Ich will mich auf wenige Bemerkungen beschränken:

Meine erste Bemerkung betrifft die **Bedeutung der Thematik Schweiz – Europa**: Ich gehöre zu jenen – und das lesen Sie mit Leichtigkeit aus dem Text heraus –, die meinen, das Verhältnis zu Europa stelle DIE zentrale Herausforderung für die heutige Schweiz dar: Es geht um die Gestaltung der Beziehungen zu unserer unmittelbaren geographischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umwelt. Wohl und Gedeihen dieses Landes hängen davon ab, wie es mit dieser Umwelt kommuniziert und wie es sich in diese einfügt. Die Genfer Journalistin Joëlle Kuntz hat kürzlich ein sehr anregendes Essay geschrieben mit dem Titel „*La Suisse ou le génie de la dépendance*“ – „Die Schweiz oder die Kunst der Abhängigkeit“ (deutsche Übersetzung im Verlag NZZ-libro).

Ich weiss wohl, dass es vielen Schweizern nicht leicht fällt, diese reale Abhängigkeit zu akzeptieren. Emotional neigen sie eher dazu, in einer Welt der globalen Interdependenz und der regionalen Integration dem Recht auf nationale Selbstbestimmung noch – oder wieder – mehr Gewicht beizumessen. „Hütet Euch am Morgarten!“, so lautet der Schlachtruf einiger besonders eifriger Nostalgiker. Das ist verständlich. Das Problem ist nur, dass man mit emotionaler oder auch intellektueller Skepsis die realen, täglichen Sachzwänge und das reale, uns täglich herausfordernde Beziehungsnetz nicht beseitigt.

Das **Basler Europa-Brevier** soll in ganz erster Linie Grundwissen vermitteln und diese tägliche Auseinandersetzung mit unserer europäischen Umwelt, so wie sie nun einmal ist, erleichtern.

Dass eine dieser Abhängigkeit gerecht werdende Europa-Politik verschiedene konkrete Ausprägungen und Formen annehmen kann, versteht sich, sei nicht bestritten. So ist denn das Brevier kein Plädoyer beispielsweise für einen zur Zeit ohnehin unrealistischen EU-Beitritt der Schweiz, sondern schon eher für eine vernünftige, den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes angepasste, **flexible**, aber dennoch **strukturierte und stabile Partnerschaft** mit der Europäischen Union. Die Einzelheiten können und müssen der Diplomatie einerseits und der **Politik** andererseits überlassen bleiben. Ich gestatte mir lediglich zu unterstreichen, dass die Politik – und damit möglicherweise auch wieder das Volk – in den kommenden Jahren wohl erneut, vielleicht sogar gleich mehrmals die Beziehung zur EU thematisieren müssen: mit Bezug auf die Personenfreizügigkeit fast unvermeidlicherweise, dann aber möglicherweise auch mit Bezug auf den institutionellen Rahmen, oder bei der Unternehmensbesteuerung, die Liberalisierung des Elektrizitätsmarkt, den Markt für Finanzdienstleistungen und, wer weiss, vielleicht die Forschungszusammenarbeit. Stets wieder lautet die Frage: Andocken an die EU-Politiken oder Selbstisolierung nach dem Slogan „*Just say no!*“.

Es scheint mir in diesem Zusammenhang vor allem wichtig, dass wir den **binären Charakter dieser unserer Abhängigkeit** richtig verstehen. Unsere politische Debatte, hierzulande wie anderswo, dreht sich mit Vorliebe um **Instrumente**: um Verfassungsartikel, Gesetze, internationale Verträge und um diplomatische Prozesse. Viele Politiker sind Juristen und fühlen sich mit dieser Materie zumindest begrifflich wohl; man glaubt, diese Prozesse gestalten, befürworten, kritisieren oder ablehnen zu können; sie eignen sich für allerlei politische Spiele und Inszenierungen. Doch das alles ist nur die eine, die formelle Seite unserer Position in Europa.

Die andere Seite ist die **wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität**, unser alltägliches Arbeiten und Konsumieren, unser Kaufen, Verkaufen, Reisen, Korrespondieren, Kommunizieren, Investieren, Studieren, Forschen usw. innerhalb der nationalen Grenzen und vor allem auch über diese Grenzen hinweg. Heute kommen immer mehr auch die elektronischen Botschaften, die „*social media*“ und die ungezählten Applikationen, hinzu, die

ihrerseits diese Realität gestalten. Wir stellen mit andern Worten eine stetig zunehmende Internationalisierung aller Lebensbereiche fest. Diese Bande sind auch stärker strukturierend als noch vor 20 oder 30 Jahren. Im Gegensatz zur Politik oder zur Diplomatie, wo die Akteure identifizierbar sind, ist diese zunehmende Abhängigkeit das kollektive Werk einer Unzahl von Akteuren, selbst jener, die vielleicht sogar zu einer grundsätzlichen Europhobie neigen; manchmal merken sie es nicht einmal. Der Rückzug des sich gerne noch als souverän gebärenden Nationalstaats aus dem Alltag nimmt viele Formen an.

Auf Französisch meint man diesen binären Charakter, wenn man vom Widerspruch zwischen dem „*pays légal*“ und dem „*pays réel*“ spricht: „*We are in this together*“; Europa ist auch ein Teil unserer eigenen Identität geworden.

Letztlich, wenn man dieses mitten-drin-Sein aus den Augen verliert, findet man sich nur allzu leicht in einem Zustand der *de facto*-Abhängigkeit wieder, man kann auch von einem **Satellisierungseffekt** sprechen; man wendet Regeln an, ja man muss sie aus purer Vernunft anwenden, an deren Ausarbeitung man nicht beteiligt gewesen ist, die man nicht mitgestaltet hat. Das ist meines Erachtens die grosse Gefahr, der wir in unserer Europa-Politik nicht hinreichend aus dem Weg gehen. Ein Freund sagte einmal, die Schweizer liebten im Grunde diese Abhängigkeit, nur dürfe man nicht davon sprechen, sie nicht benennen... Vielleicht hatte er recht! Als Jurist und Diplomat, aber natürlich auch als Bürger, tendiere ich eher dazu, das „*pays légal*“ wieder mit dem „*pays réel*“ in Einklang zu bringen, es zumindest zu versuchen.

Lassen Sie mich dieses Brevier noch kurz in einen weiteren Zusammenhang einordnen. Was hier, in diesem Brevier, präsentiert und aufgelistet wird, ist gewissermassen die **Mikro-Sicht** der Dinge, all die vielen kleinen, praktischen Informationen, das was der Unternehmer, der Student, der Diplomat *grosso modo* überblicken sollte, einschliesslich der Abkürzungen... Doch das Thema Europa sollte unbedingt auch im **Makro-Modus** betrachtet werden, oder, um ein anderes gelehrtes Wort zu gebrauchen, aus **geo-strategischer Sicht**. Wo steht Europa im weltweiten Kontext heute, und vor welchen Herausforderungen steht es?

Darüber liesse sich lange dissertieren. In sehr vereinfachter Manier lässt sich vielleicht Folgendes sagen: Seit die Frage eines engeren Zusammenschlusses der europäischen Nationen gestellt wird, lassen sich mehrere **Grundmotive oder Impulse** erkennen. Der erste und wichtigste war und ist der **Friede** auf diesem Kontinent, unter den demokratisch und rechtsstaatlich strukturierten Staaten und Nationen. Dazu gehört natürlich auch die epochale deutsch-französische Aussöhnung. Dieses Ziel stand denn auch in den Jahren 1945 bis 1950 im Vordergrund, letztlich mit Erfolg. Hierfür hat die EU jüngst den Friedens-Nobelpreis erhalten.

Danach kam rasch einmal ein völlig anderer Impuls hinzu: die **Liberalisierung des Wirtschaftslebens** unter den marktwirtschaftlich organisierten Ländern, der Aufbau des europäischen Binnenmarkts und der Währungsunion und damit mehr Wachstum, mehr Wohlstand für unsere Bürger. Diese wahrhaft herkulische ordnungspolitische Aufgabe hat die Europäer nunmehr während mehrerer Jahrzehnte intensiv beschäftigt; sie hat viele positive Ergebnisse gezeitigt – man spricht mitunter von den „*trente glorieuses*“, den wachstumsintensiven Jahren der Nachkriegszeit. Heute ist manchmal eine gewisse Integrationsmüdigkeit oder Verwirrung erkennbar; doch nennenswerte Rückschritte hat es bislang nicht viele gegeben – warten wir allerdings den Ausgang der griechischen Tragödie ab....

Dieser Wettbewerb, dieses Zusammenwachsen hat neue Fakten und neue Strukturen geschaffen. Integration ist nicht ein Prozess, der sich beliebig in den Rückwärtsgang schalten liesse; die **ökonomischen Kosten der Desintegration**, wären enorm; noch tiefgreifender wären jedoch die politischen und auch emotionalen Kosten. Jacques Delors sprach von der „*affectio societatis*“, die gesellschaftliche Seite dieses gegenseitigen Engagements, dieser tiefgreifenden Verstrickung.

Nun – und damit möchte ich schliessen: Ich bin davon überzeugt, dass der nächste gewichtige Impuls ganz anderer Natur sein wird: nämlich der **Druck von aussen auf Europa**, der Zwang, die Position und auch die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen dieses unseres Kontinents im weltweiten Kontext zu definieren und, vor allem, zu verteidigen, auch: wirksamere Instrumente hierfür zu entwickeln. Der Prozess ist zwar seit vielen Jahren im Gang, doch die Europäer gehen sehr zögerlich, sehr halbherzig vor; die Politiker klammern sich an die überkommenen nationalen Ziele und Interessen, obwohl sie wissen, dass nur ein gemeinsames Vorgehen zum Ziel führen kann; „*Europe speaking with one voice*“. Die Ukraine-Krise oder das Drama der Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten und aus Afrika zeigen diese Schwäche Europas brutal auf; sie machen aber letztlich den **Zwang zur Solidarität und zu gemeinsamem Handeln** nur noch offenkundiger. Das „Jeder für sich“ erweist sich da sehr bald als fatal.

Wichtiger noch ist natürlich der **Aufstieg neuer Grossmächte** und die neue Gewichtsverteilung auf der Welt, die sich unter ihrem Einfluss abzeichnet: China, Brasilien, Indien und andere mehr. Nach Kriegsende wurde der Sowjetblock zu einer militärischen Bedrohung und die Vereinigten Staaten waren lange Zeit der natürliche Protektor Westeuropas. Heute ist fast alles anders geworden, doch Europa – mit bald einmal nur noch 5 % der Weltbevölkerung – bleibt seltsam unsichtbar, wird aber, davon bin ich überzeugt, gezwungen sein, **als Einheit mehr Profil zu gewinnen**. Dieser Zwang wird möglicherweise für die Wahrung auch des inneren Zusammenhalts auf dem Kontinent und damit für die weitere Entwicklung der Europäischen Union massgeblicher werden, als die stets noch aktuelle Vollendung des Binnenmarkts oder ähnliche Anliegen des häuslichen Managements.

Für die **Schweiz** wird es nicht leichter sein als zuvor, in dieser neuen Konstellation ihren Platz zu finden. Nur allzu leicht wird sie versucht sein, reflexartig, unter Hinweis auf die Neutralität eine Sonderrolle zu beanspruchen. Ob sie sie finden wird, bleibt offen, beziehungsweise fraglich. Vielleicht können wir uns nach Abschluss der Verhandlungen zwischen Brüssel und Washington über das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen **TTIP** wieder darüber unterhalten. Der wenig souveräne Nachvollzug scheint – leider – auch da vorgezeichnet.

Nun, ich will nicht länger werden. Ich hoffe, das Basler Europa-Brevier wird seinen Lesern nützliche Dienste leisten, sie aber auch zu weiterreichenden Überlegungen anregen. Für jede Kritik und jede Idee sind wir dankbar. Falls sich die Formel bewähren sollte, werden wir uns möglicherweise überarbeitete und verbesserte **Neuauf-lagen**, möglicherweise auch in französischer Sprache, überlegen müssen.

detscharner@bluewin.ch

www.beub.ch

www.CH-in-Europa.ch